

LÄNDER FACTSHEET

2017



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ MIT BOSNIEN UND HERZEGOWINA



Land allerdings noch grosse Herausforderungen bewältigen.

Unterstützung der Schweiz

Die bilaterale Zusammenarbeit der Schweiz mit BiH begann 1996. Während des Konflikts und unmittelbar nach dem Krieg leistete die Schweiz humanitäre Hilfe und startete ein Wiederaufbauprojekt. Seit 2000 ist die Zusammenarbeit der Schweiz auf den politischen Reformprozess, die Aussöhnung der Konfliktparteien und die wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet. Die Kooperationsstrategie 2017–2020 hat die soziale, wirtschaftliche und politische Integration des Landes sowie den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft und eines demokratischen politischen Systems zum Ziel, mit der langfristigen Perspektive eines EU-Beitritts. In einem Land mit komplexen politischen Strukturen und einem wenig entwickelten Zentralstaat ist ein besonderes politisches Gespür erforderlich. Aus diesem Grund ist die Schweiz im gesamten Staatsgebiet von BiH tätig, so dass die Interessen aller Parteien berücksichtigt werden können. Die bilaterale Zusammenarbeit wird für die Themen demokratische Gouvernanz, Justiz, Wirtschaft und Beschäftigung sowie Gesundheit von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) wahrgenommen, für die Migrationspartnerschaft zwischen der Schweiz und BiH ist das Staatssekretariat für Migration (SEM) zuständig.

Demokratische Gouvernanz, Dienstleistungen der Gemeinden und Justiz

Die Schweiz beteiligt sich im Rahmen der Zusammenarbeit mit BiH an der Schaffung von Institutionen, die gegenüber der Bevölkerung rechenschaftspflichtig sind und ihr einen besseren Zugang zu bedarfsgerechten öffentlichen Dienstleistungen und deren Nutzung ermöglichen. Sie räumt dabei der Integration benachteiligter Gruppen hohe Priorität ein. Ausserdem engagiert sie sich für eine stärkere politische, fiskalische und administrative Dezentralisierung als Ergebnis einer wirksameren Kooperation zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Die Schweiz för-

Schweizer Vertretungen

 Botschaft mit Kooperationsbüro

Quellen: CGIAR-CSI, GeoNames.org, Natural Earth. © 2014 Natural Earth, CC 3.0

Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf dieser Karte bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Die Schweiz unterstützt Bosnien und Herzegowina beim Übergang hin zu einer demokratischen Gesellschaft und einer sozialen Marktwirtschaft. Im Zentrum der Zusammenarbeit stehen die Förderung inklusiver politischer Reformen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Stärkung des Gesundheitssektors.

Kontext

Das Friedensabkommen von Dayton beendete 1995 den blutigen Bosnienkrieg, der während vier Jahren wütete. Das Abkommen beeinflusst noch heute die politische Struktur von Bosnien und Herzegowina (BiH), einem fragilen und dreigeteilten Staat: Im Gebiet der Föderation Bosnien und Herzegowina leben mehrheitlich Bosniaken und bosnische Kroaten, in der Republika Srpska vorwiegend bosnische Serben. Der Distrikt Brcko ist ein selbstverwaltetes Gebiet. Die Politik bleibt von ethnischen Konflikten geprägt, und die Transition des Landes schreitet nur langsam voran. Die Wirtschaft kämpft mit gravierenden strukturellen Problemen, 54% der 15 bis 24-Jährigen sind arbeitslos. Die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten nehmen laufend zu, 50% der Bevölkerung sind verschiedenen Formen von Diskriminierung ausgesetzt. Dennoch hat BiH im Februar 2016 ein EU-Beitrittsge-such eingereicht, das im September 2016 angenommen wurde. Für eine Aufnahme in die EU muss das



Die zentralen Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung (One-stop-shops), die im Zuge der Förderung der lokalen Gouvernanz entstanden sind, bieten umfassende und transparente Dienstleistungen.



Die Schweiz setzt sich für den Zugang zur primären Gesundheitsversorgung für alle ein.



Die Schweiz unterstützt die Berufsbildung bei Jugendlichen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

dert darüber hinaus die Justizreform und trägt so zur Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in die Behörden und die Gesellschaft bei.

Gesundheit

Im Bereich Gesundheit steht der Zugang zu qualitativ hochstehender medizinischer Grundversorgung für alle im Vordergrund. Gleichzeitig soll die Bevölkerung dafür sensibilisiert werden, die richtigen Entscheide zu fällen und ein gesünderes Leben zu führen. Beim Aufbau der medizinischen Grundversorgung konzentriert sich die Unterstützung der Schweiz insbesondere auf die Stärkung der Krankenpflege, die psychische Gesundheit in den Gemeinden und die Prävention chronischer Erkrankungen, was letztlich zur Senkung der Gesundheitskosten beiträgt.

Wirtschaft und Beschäftigung

Mit ihrer Zusammenarbeit in BiH trägt die Schweiz dazu bei, die Voraussetzungen für Unternehmen zu verbessern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Auf regionaler Ebene sollen in erster Linie die öffentlichen Finanzierungsmechanismen transparenter und wirksamer gestaltet werden. Ausserdem werden bessere Rahmenbedingungen angestrebt, um das Wachstum der Privatwirtschaft und den Zugang bosnischer Unternehmen zu ausländischen Märkten zu vereinfachen. Gleichzeitig geht die Schweiz gegen die Jugendarbeitslosigkeit vor. Konkret unterstützt sie eine nachfrageorientierte Entwicklung von beruflicher Aus- und Weiterbildung. Zusammen mit den öffentlichen Arbeitsvermittlungen fördert sie die bessere Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Gruppen wie Frauen.

Migration

Die 2009 zwischen der Schweiz und BiH abgeschlossene Migrationspartnerschaft hat zum Ziel, die Herausforderungen der Migration gemeinsam anzugehen und deren wirtschaftliches und soziales Potenzial zum Vorteil des Landes zu nutzen. Die Balkanstaaten waren von den Migrationsbewegungen aus dem Nahen Osten besonders betroffen, so dass sich auch BiH auf eine neue Situation dieser Art einstellen muss.

Multilaterale Zusammenarbeit

Die Schweiz arbeitet gezielt mit multilateralen Organisationen wie dem UNDP, der Weltgesundheitsorganisation und der Weltbank zusammen, um die Institutionen bei ihrem Reformprozess im Hinblick auf den EU-Beitritt zu unterstützen.

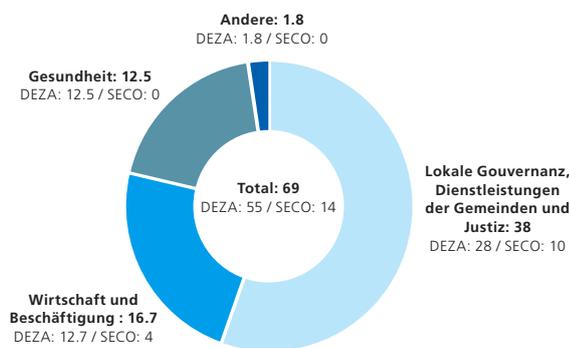
Transversale Themen

Die Schweiz achtet darauf, dass die fünf Grundsätze einer guten Regierungsführung – Rechenschaftspflicht, Mitwirkung, Nichtdiskriminierung, Transparenz, Effizienz – in allen Projekten berücksichtigt werden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ebenfalls Bestandteil sämtlicher Programme. Je nach Ausrichtung der Projekte werden auch andere Aspekte berücksichtigt wie Katastrophenvorsorge oder Migration und ihre Chancen für die Entwicklung des Landes.

Partner

- › Schweizerische NGOs, z.B. Helvetas Swiss Intercooperation
- › Schweizerische Partner: Kantone Genf, Jura, Freiburg, Bern; Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich, Universitätsspital Genf
- › Internationale NGO: CARE International
- › Multilaterale Organisationen, z.B. UNDP, UNICEF, WHO, Weltbank
- › Nationale Partner: Ministerien, regionale und lokale Verwaltungen, Organisationen der lokalen Zivilgesellschaft
- › Kofinanzierungspartner: Schweden, Norwegen, Deutschland

Budget 2017-2020 nach Themen und Finanzquellen (Mio. CHF)



Impressum

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
3003 Bern, Schweiz
www.deza.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
3003 Bern, Schweiz
www.seco-cooperation.admin.ch

Fotos: © DEZA